

A1

Antrag

Initiator*innen: Leyla Battur

Titel: **Antrag auf Mitspracherecht bei dem Angebot
der themengebundenen Projektwoche**

Antragstext

1 Wir, als stellvertretende Person der Leif-Eriksson-Gemeinschaftsschule in Kiel,
2 wünschen uns gerne, dass die Schüler:innen ihre Themen/Wünsche/Ideen in die
3 themengebundene Projektwoche einfließen lassen können.

Begründung

Durch das Mitspracherecht der Schüler:innen weckt man ein wesentliches Interesse bei diesen. Außerdem sind die Schüler:innen so motiviert, an der Projektwoche erfolgreich und produktiv mitzuwirken.

A2

Antrag

Initiator*innen: Moslim Sherzad

Titel: Mehr Transparenz bei Leistungsbewertung

Antragstext

- 1 Die LSV Schleswig-Holstein fordert klare und einheitliche Kriterien für
- 2 Leistungsbewertungen an Schulen. Erwartungshorizonte und Bewertungsmaßstäbe
- 3 sollen für Schüler*innen nachvollziehbar und transparent kommuniziert werden.

Begründung

Unklare Bewertungsmaßstäbe führen häufig zu Unsicherheit und dem Gefühl von Ungerechtigkeit. Transparente Kriterien stärken Vertrauen, Motivation und Fairness im Schulalltag.

Antrag

Initiator*innen: Giuliana , ?????? , Rona

Titel: **Einführung eines schulübergreifenden Austauschprogramms innerhalb Schleswig-Holsteins**

Antragstext

1 Wir beantragen die Einführung eines schulübergreifenden Austauschprogramms
2 zwischen Schulen verschiedener Städte in Schleswig Holstein, beispielsweise
3 zwischen Kiel und Lübeck. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit
4 zu geben, für einige Tage am Unterricht einer Partnerschule teilzunehmen und
5 neue Einblicke in andere Lebens- und Schulrealitäten innerhalb des eigenen
6 Bundeslandes zu gewinnen.

Begründung

Schleswig-Holstein ist regional vielfältig von Küstenregionen bis zu ländlichen Räumen und größeren Städten. Dennoch haben viele Schülerinnen und Schüler wenig direkten Kontakt zu Gleichaltrigen außerhalb ihrer eigenen Stadt oder Region.

Ein schulübergreifender Austausch würde:

- den Zusammenhalt im Bundesland stärken,
- neue Perspektiven auf unterschiedliche Lebensrealitäten eröffnen,
- soziale Kompetenzen und Selbstständigkeit fördern,
- Vorurteile abbauen und Verständnis stärken,

- neue Freundschaften und Netzwerke ermöglichen.

Im Gegensatz zu internationalen Austauschprogrammen wäre ein landesinterner Austausch organisatorisch einfacher, kostengünstiger und für mehr Schülerinnen und Schüler zugänglich. Die Unterbringung könnte in Gastfamilien oder Jugendherbergen erfolgen, begleitet von gemeinsamen Projekten oder Exkursionen.

Ein solches Programm würde die Identifikation mit Schleswig-Holstein stärken und den Bildungsauftrag der Schulen im Bereich sozialer und interkultureller Kompetenzen erweitern.

A4

Antrag

Initiator*innen: Renke Döhren

Titel: Grundsatzprogramm aktualisieren

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament soll beschließen, dass der Landesvorstand das
2 aktuelle Grundsatzprogramm anschaut, bewertet und überarbeitet. Dabei soll
3 darauf geachtet werden, dass einerseits, die Formatierung aller Anträge
4 angepasst wird, andererseits Anträge, die nicht mehr aktuell sind, gestrichen
5 werden.

6 Jede Änderung soll auf dem nächsten LSP vorgestellt und es soll einzeln darüber
7 abgestimmt werden.

Begründung

Erfolgt Mündlich

Antrag

Initiator*innen: Paul Neubauer

Titel: **Einführung von Finanzbildung als verpflichtendes**

Antragstext

1 Die zuständigen Gremien und das Ministerium für Allgemeine und Berufliche
2 Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein werden
3 aufgefordert, Finanzbildung als eigenständiges und verpflichtendes
4 Unterrichtsfach in den Lehrplänen aller allgemeinbildenden Schulen des Landes
5 Schleswig-Holstein einzuführen.

6 Das Fach soll altersgerecht ab der Siebten Klasse unterrichtet werden und
7 grundlegende Kompetenzen in den Bereichen persönliche Finanzplanung,
8 Verbraucherrechte, Versicherungen, Steuern, Kreditwesen, Altersvorsorge sowie
9 wirtschaftliche Grundzusammenhänge vermitteln.

10 Zudem sollen praktische Alltagskompetenzen wie Vertragsabschlüsse, Umgang mit
11 digitalen Zahlungsmitteln und Schutz vor Überschuldung integraler Bestandteil
12 des Unterrichts sein.

13 Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür entsprechende Lehrpläne zu
14 entwickeln und Lehrkräfte fortzubilden.

Begründung

Finanzielle Entscheidungen betreffen junge Menschen bereits früh, etwa bei Online-Käufen, Verträgen, Versicherungen oder dem ersten eigenen Einkommen. Dennoch fehlt im Bildungssystem Schleswig-Holsteins bislang eine systematische und verbindliche Vermittlung grundlegender Finanzkompetenzen.

Zwar existiert mit dem Fach Wirtschaft/Politik (WiPo) bereits ein Unterrichtsbereich mit wirtschaftlichen Inhalten. In der schulischen Praxis liegt der Schwerpunkt dort jedoch überwiegend auf politischer Bildung und Berufsorientierung. Themen der persönlichen Finanzbildung – wie Budgetplanung, Kredite, Versicherungen, Steuern oder Altersvorsorge – werden dagegen meist nur am Rande oder punktuell behandelt.

Ein verpflichtendes Fach Finanzbildung würde sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Elternhaus die notwendigen Kenntnisse für einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld und Verträgen erwerben. Dadurch werden Verbraucherkompetenz, finanzielle Selbstständigkeit und langfristige Vorsorgefähigkeit gestärkt.

Die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs ist daher ein sinnvoller Schritt, um bestehende Lücken in der schulischen ökonomischen Alltagsbildung zu schließen und junge Menschen besser auf das Erwachsenenleben vorzubereiten

A6

Antrag

Initiator*innen: Angelika Kufeld

Titel: Barrierefreiheit an Schulen

Antragstext

- 1 Das Landesschüler*Innenparlament möge beschließen, dass alle Schulen
- 2 barrierefrei werden.

Begründung

Einige Schulen sind immernoch nicht Barrierefrei. Menschen mit Beeinträchtigungen haben keinen Zugang zu einigen Räumen.

A7

Antrag

Initiator*innen: Isabelle, Sarah

Titel: **Gleichberechtigung für
Gemeinschaftsschüler:innen beim erwerben bei
Fremdsprache**

Antragstext

- 1 Möge das Landesschülerparlament schließen, dass Gemeinschaftsschulen müssen eine
- 2 Möglichkeit auf 2. Fremdsprache zu erwerben für alle Schüler*innen.

Begründung

Bei der Schulauswahl wird man eingeschränkt, wenn man als Gemeinschaftsschüler:in keine zweite fremdsprache hat, da dies dort keine Pflicht oder möglichkeit ist.

A8

Antrag

Initiator*innen: Renke Döhren

Titel: Wahlprogramm Landtagswahl

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament(LSP) möge beschließen, dass bis zum nächsten
2 LSP ein Wahlprogramm mit Forderungen für die Landtagswahl 2027 erstellt wird.
3 Über dieses soll beim nächsten LSP abgestimmt werden. Es muss mit dem
4 Grundsatzprogramm vereinbar sein. Über Forderungen, die bisher nicht im
5 Grundsatzprogramm stehen, müssen beim nächsten LSP abgestimmt werden

Begründung

Erfolgt Mündlich

A9

Antrag

Initiator*innen: Arne Cleven

Titel: Medienkompetenz im IT Unterricht

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen, dass die Themen Medienkompetenz und KI ein Teil des IT
- 2 Unterrichtes werden

Begründung

Mündlich